

# ***DIE LINKE.***

**LANDESVERBAND BREMEN**

3. Außerordentlicher  
Landesparteitag

6. Juni 2019

nachbarschaftshaus –  
Beim Ohlenhof Bremen

Antragsheft

INHALT:

<b>G – Geschäftsordnung (bereits beschlossen)</b>	<b>Seite 4</b>
<b>A – Anträge an den Landesparteitag</b>	<b>Seite 6</b>
<b>S – Satzungsändernde Anträge</b>	<b>Seite 9</b>
Kommissionen des Landesparteitages	Seite 11

Zusammenstellung: Andreas Hein-Foge

Druck: Landesgeschäftsstelle DIE LINKE. Bremen

## **T1** Tagesordnung und Zeitplan

### **Vorschlag der Tagesordnung des 3. außerordentlichen Landesparteitages am 6. Juni 2019**

Anmeldung der Delegierten	ab 18.00 Uhr
TOP 1 Begrüßung	18.30
TOP 2 Beschluss der Tagesordnung und des Zeitplanes	18.35
TOP 3 Auswertung der Bürgerschaftswahl und evtl. Sondierungen	18.40
Einführung	
Debatte	19.00
TOP 4 Anträge zum Gegenstand des Parteitages	
evtl. Aufnahme Koalitionsverhandlungen, Mitgliederentscheid etc.	20.30
TOP 5 Schlusswort	21.00

# G - Geschäftsordnung

## **Geschäftsordnung des Landesparteitages der LINKEN Bremen**

1 Der Landesparteitag wählt als Arbeitsgremien im Block auf Vorschlag des Landesrates und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch erhoben wird, in offener Abstimmung für die Dauer der Amtszeit der Delegierten.

- das Tagungspräsidium,
- die Mandatsprüfungskommission,
- die Wahlkommission,
- die Antragskommission.

Wählbar sind alle, sofern sie Mitglied der Partei DIE LINKE sind.

2 Der Landesparteitag wird durch das von ihm gewählte Tagungspräsidium geleitet.

3 Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Landesparteitages in dieser Reihenfolge beschlossen. Die Geschäftsordnung bleibt für die Dauer der Amtszeit der Delegierten gültig.

4 Alle gewählten und angemeldeten Delegierten haben Beschlussrecht, sofern die Bundes- oder die Landessatzung nichts anderes bestimmen. Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gewählten stimmberechtigten Delegierten oder Ersatzdelegierten anwesend sind. Mitglieder des Landesverbandes haben Rederecht.

5 Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der vom Landesparteitag beschlossenen Tagesordnung.

6 Wortmeldungen sind dem Tagespräsidium anzuzeigen. Das Tagungspräsidium hat das Recht, Gästen des Landesparteitages das Wort zu erteilen. Die Reihenfolge der Redner\*innen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt.

Die Redezeit für Diskussionsredner\*innen beträgt maximal vier Minuten. Längere Redezeiten sind durch die\*den Redner\*in vor Beginn der Rede zu beantragen und bedürfen der Bestätigung durch den Landesparteitag.

Delegierte haben das Recht, Anfragen an die Diskussionsredner\*innen zu stellen. Die Tagungsleitung kann die Anzahl der Anfragen begrenzen.

7 Anträge, die nach Antragsschluss gestellt werden (Dringlichkeits- und Initiativanträge), sind schriftlich bei der Antragskommission einzureichen und erfordern, wenn sie zur Behandlung im Plenum kommen sollen, die Unterschrift von mindestens zehn anwesenden angemeldeten Delegierten.

Zur Begründung selbstständiger Anträge erhalten zunächst die Antragsteller\*innen das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt vier Minuten. Danach erhält jeweils ein\*e Redner\*in dagegen und ein\*e Redner\*in dafür das Wort. Die Redezeit beträgt hierfür jeweils maximal zwei Minuten. Der Landesparteitag kann mit der absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten eine Ausdehnung der Antragsdebatte beschließen.

8 Die Abstimmung über Anträge erfolgt unter dem Tagesordnungspunkt Anträge, falls der Landesparteitag nichts anderes beschließt. Alle Anträge werden nummeriert.

Änderungsanträge sind Anträge, die sich auf vorliegende Anträge beziehen und diese ändern sollen. Sie können durch jede Delegierte oder jeden Delegierten gestellt werden.

Dringlichkeits- und Initiativanträge sind Anträge, die nach Antragsschluss auf besondere politische Ereignisse oder grundsätzliche politische bzw. gesellschaftliche Veränderungen reagieren und der Landesparteitag sich durch entsprechende Beschlussfassung dazu verhalten muss.

Anträge an die Kommissionen des Landesparteitages können durch jede\*n Delegierte\*n gestellt werden.

9 Anträge zur Geschäftsordnung können nur von Delegierten mündlich und außerhalb der Reihenfolge der Redeliste gestellt werden. Vor der Abstimmung darüber erhält höchstens ein\*e Redner\*in dagegen und eine Redner\*in dafür das Wort. Die Redezeit beträgt jeweils maximal zwei Minuten. Bei laufender Abstimmung sowie während Wahlgängen können keine Anträge zur Geschäftsordnung gestellt werden.

Den Antrag „Schluss der Debatte“, „Schluss der Redeliste“ und „Übergang zur Tagesordnung“ kann nur von Delegierten gestellt werden, die zu dem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben.

Vor Beschlussfassung ist die Redeliste zu verlesen.

10 Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden angemeldeten Delegierten gefasst, wenn kein anders lautender Antrag zum Abstimmungsverfahren beschlossen ist und sofern die Bundes- und Landessatzungen und diese Geschäftsordnung nichts anderes bestimmen.

11 Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der delegierten Frauen ein Frauenplenum des Landesparteitages in offener Abstimmung einberufen werden. Über einen in diesem Frauenplenum gefassten Beschluss oder Beschlussvorschlag kann erst nach erneuter Beratung des gesamten Landesparteitages abschließend entschieden werden.

12 Persönliche Erklärungen beziehen sich auf Angriffe gegen oder Zitierungen der eigenen Person. Persönliche Erklärungen können nur nach Beendigung des Tagesordnungspunktes abgegeben werden. Die Redezeit beträgt maximal zwei Minuten.

13 Die Sitzungen des Landesparteitages sind grundsätzlich öffentlich. Über die Durchführung geschlossener Sitzungen entscheidet der Landesparteitag auf begründeten Antrag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden angemeldeten Delegierten. Geschlossene Sitzungen werden parteiöffentlich durchgeführt.

14 Über den Ablauf des Parteitages ist in Verantwortung des Tagungspräsidiums eine Niederschrift zu fertigen und zu archivieren. Beschlüsse des Parteitages sind schriftlich zu protokollieren und durch die Versammlungsleitung unverzüglich zu beurkunden.

Grundlage für die Veröffentlichung ist das gesprochene Wort.

Es kann eine Ton- bzw. Videoaufzeichnung erfolgen.

15 Funktelefone sind im Konferenzsaal stumm zu schalten.

16 Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der angemeldeten anwesenden Delegierten. Änderungen der beschlossenen Geschäftsordnung sind nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden angemeldeten Delegierten möglich.

# A - Anträge

## A1

Antragsteller\*innen: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 1. Der Landesparteitag erklärt unsere  
2 Bereitschaft, Koalitionsverhandlungen mit  
3 SPD und Grünen zur Bildung einer  
4 Landesregierung aufzunehmen. Grundlage  
5 für die Verhandlungen ist unser  
6 Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl und  
7 unsere Forderung nach einem Politikwechsel  
8 nach links. Dieser Politikwechsel geht  
9 darüber hinaus, die kommenden  
10 Haushaltsspielräume in den Dienst der  
11 sozialen Gerechtigkeit zu stellen. Er wirft die  
12 Frage auf: Wem gehört die Stadt?

13 Bremen und Bremerhaven brauchen einen  
14 Politikwechsel im Sinne von sozialer  
15 Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit und als  
16 weltoffene, solidarische Städte. Zu den  
17 zentralen Aufgaben der nächsten  
18 Landesregierung gehört es, entschieden für  
19 bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, Armut zu  
20 bekämpfen und der sozialen Spaltung  
21 entgegen zu wirken. Die soziale Infrastruktur  
22 muss gestärkt, die Arbeitsmarktpolitik für  
23 zukunftsfähige Beschäftigung organisiert  
24 und der bereits begonnene Kurs der  
25 Rekommunalisierung der öffentlichen  
26 Daseinsfürsorge fortgesetzt werden.

27

28 2. Begleitend zu den  
29 Koalitionsverhandlungen wird es mehrere  
30 mitgliederöffentliche Beratungstreffen  
31 geben. Wenn die Koalitionsverhandlungen  
32 erfolgreich abgeschlossen werden,  
33 entscheidet zunächst wie in der  
34 Landessatzung vorgesehen ein  
35 Landesparteitag über die Annahme des  
36 Koalitionsvertrags. Falls der  
37 Koalitionsvertrag vom Landesparteitag  
38 angenommen wird, beschließt der  
39 Landesparteitag anschließend einen  
40 Mitgliederentscheid, der die Annahme des  
41 Koalitionsvertrags bestätigt oder aufhebt.

42 3. Beim Eintritt in eine  
43 Landesregierung müssen wir die  
44 Zusammenarbeit zwischen Partei, Fraktion  
45 und Senatsmitgliedern neu organisieren. Der  
46 Landesvorstand organisiert dazu nach den  
47 Sommerferien eine Debatte im  
48 Landesverband und macht dem  
49 Landesparteitag im Herbst Vorschläge für  
50 entsprechende Beschlüsse und  
51 Maßnahmen. Grundlage ist unser  
52 Selbstverständnis als Mitgliederpartei, in der  
53 die Mitglieder das Herz unserer politischen  
54 Aktivität sind und die politische Entwicklung  
55 der Partei gemeinsam unter Einbezug  
56 außerparlamentarischer Akteure  
57 demokratisch bestimmen.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

# A2

Antragsteller\*innen: Oliver Jan Kornau

- 1 „Die Partei DIE LINKE in Bremen wird sich  
2 nicht an einer Regierung beteiligen und  
3 deshalb auch keine Koalitionsgespräche  
4 führen. Denn unsere Partei kann in einer  
5 möglichen Regierung mit den GRÜNEN und  
6 der SPD nicht den selbstgesetzten Auftrag des  
7 gesellschaftlichen Wandels erfüllen.
- 8 Unsere Arbeit bis zur nächsten Wahl, als  
9 Oppositionspartei und gesellschaftliche  
10 Opposition, sehen wir
- 11 • in der parlamentarischen Kontrolle  
12 der Regierung
  - 13 • der Einbringung von Forderungen  
14 außerparlamentarischer  
15 Akteur\*innen (Selbstvertretungen  
16 und Sozialen Bewegungen) sowie  
17 eigener Forderungen aus der  
18 Parteibasis heraus in das Parlament
  - 19 • die verstärkte Unterstützung von  
20 Sozialen Kämpfen
  - 21 • dem strategischen Aufbau von  
22 dauerhaftem und unabhängigem  
23 Widerstand in den Nachbarschaften.

Begründung:

Die GRÜNEN und die SPD sind Parteien, die insgesamt den Kapitalismus nicht in Frage stellen. Es gibt aber weder einen „grünen“ noch einen „sozialen“ Kapitalismus. Wir, die Partei DIE LINKE, sind nicht dafür gewählt worden, den Kapitalismus (in der jetzigen

Phase als Neoliberalismus) zu stützen, sondern ihn zu überwinden. Die Hegemonie der Besitzenden und Herrschenden ist – gemessen an den tatsächlichen Verbesserungen der Lebenswelten der Menschen – keinesfalls schwankend oder gar brüchig. Eine Regierungsbeteiligung wird es nur mit der Schuldenbremse und ohne die notwendigen Enteignungen von Kapital (in Form von Produktionsmitteln, Land & Gebäuden, Geld- & „Anlage“vermögen u.v.m.) geben. Ohne enorm mehr Masse zum Umfair-teilen bleibt es beim „weiter so“ der umwelt- und lebensvernichtenden Verwertungslogik sowie der Mitmenschlichkeit spaltenden Konkurrenz. Der uns als kleinste Regierungspartei möglicherweise zukommende Spielraum zur Veränderung würde deshalb unserem Anspruch zur Überwindung des Systems nicht ansatzweise gerecht werden.

Wir „drücken“ uns mit einer Regierungsverweigerung also nicht vor der Verantwortung. Wir nehmen unsere Verantwortung aus dem Wahlergebnis gerade dann ernst, wenn wir die Sozialen Kämpfe mit den vorhandenen Mitteln stärken und zusätzlich den alltäglichen Widerstand in Nachbarschaften strategisch mit-aufbauen. Damit machen wir Solidarität erlern- und erlebbar. Und das können wir nur dann glaubhaft angehen, wenn wir uns nicht an der zwangsläufig unterdrückenden Herrschaftsmaschinerie beteiligen.

Emanzipatorische Handlungsmacht wird nicht von gewählten Vertreter\*innen innerhalb eines kapitalistischen Systems vergeben – unsere Freiheit müssen wir uns klassenkämpferisch erzwingen.

¡Venceremos!“.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

# A3

Antragsteller\*innen: linksjugend [solid']  
Bremen

## 1 1. Bremen muss Solidarity City werden

2 Die Stadt Bremen muss sich zur Solidarity  
3 City erklären. Dazu gehört, Wege aus der  
4 Papierlosigkeit zu ermöglichen,  
5 Abschiebungen wann immer möglich zu  
6 verhindern bzw. nicht durchzuführen und  
7 die Gewährung von Grundrechten wie  
8 Gesundheitsversorgung, Bildung und  
9 Wohnraum unkompliziert für ALLE zu  
10 gewährleisten. Darüber hinaus muss eine  
11 Solidarity City Fluchtursachen bekämpfen.  
12 Bremen kann hier einen Beitrag leisten.  
13 Rüstungsexporte von Bremerhaven aus  
14 müssen sofort gestoppt werden. Auch auf  
15 lokaler Ebene können Umwelt- und  
16 Klimaschutz die Folgen des Klimawandels  
17 abmildern. Von Naturkatastrophen durch  
18 den Klimawandel sind insbesondere Länder  
19 im globalen Süden betroffen. Konsequenter  
20 Klimaschutz ist also eine Bekämpfung von  
21 Fluchtursachen.

## 22 2. Die Schuldenbremse muss auf allen 23 Ebenen bekämpft werden

24 Nicht nur in Bremen, in ganz Deutschland  
25 muss die Schuldenbremse weg. Hierzu muss  
26 sich das Bundesland Bremen verpflichten,  
27 eine Initiative im Bundesrat zu starten oder  
28 zu unterstützen. Auf Bremer Ebene muss die  
29 Regierung es sich als Ziel setzen, die  
30 Schuldenbremse auch aus der  
31 Landesverfassung zu streichen.

## 32 3. Zwangsräumungen verhindern - 33 Wohnraum schaffen

34 Wir müssen aus den Fehlern in Berlin lernen:  
35 Zwangsräumungen durch eine Rot-Rot-  
36 Grüne Regierung darf es nicht geben. Das  
37 Recht auf Wohnen muss eine  
38 Selbstverständlichkeit sein. Wenn Leerstand  
39 besetzt wird, ist dies ein Fortschritt, den wir  
40 nicht bekämpfen dürfen. Außerdem muss  
41 neuer Wohnraum geschaffen werden. Dazu

42 ist es nötig, dass keine öffentlichen Flächen  
43 mehr verkauft werden.

## 44 4. Kostenlosen ÖPNV zügig zur Realität 45 machen

46 Um die Verkehrswende herbeizuführen und  
47 die Klimakrise zu bekämpfen ist es dringend  
48 nötig, den kostenlosen ÖPNV einzuführen  
49 und Menschen vom Auto wegzukriegen.  
50 Nicht irgendwann, sondern schnell,  
51 spätestens innerhalb der nächsten 4 Jahre  
52 muss der kostenlose ÖPNV Realität sein.  
53 Auch der Ausbau des Schienennetzes und  
54 eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV  
55 müssen innerhalb der nächsten 4 Jahre  
56 umgesetzt werden. Mehr Nutzer\*innen von  
57 ÖPNV bedeuten letztlich auch besseren  
58 Umweltschutz, da der Individualverkehr  
59 einen erheblichen Anteil an Treibhausgasen  
60 und Feinstaub hat.

## 61 5. Gefahrenzonen abschaffen - Racial 62 Profiling bekämpfen

63 In Bremen gibt es vier sogenannte  
64 "Gefahrenzonen", in welchen die Polizei

65 anlasslose Kontrollen durchführen darf. Dies  
66 führt zu massivem Racial Profiling und bringt  
67 den Polizeistaat weiter nach Bremen. Eine  
68 Rot-Rot-Grüne Regierung darf dies nicht  
69 fortführen. Es ist selbstverständlich auch  
70 inbegriffen, dass es keine Verschärfung des  
71 Polizeigesetzes geben darf.

## 72 6. Zügiger Ausstieg aus der Kohle

73 Die Klimaproteste der "Fridays for Future"-  
74 Bewegung führen uns allen aktuell

75 wieder die Dringlichkeit der Klimakrise vor  
76 Augen. Wir müssen daraus

77 Konsequenzen ziehen. Ein großer Teil der  
78 CO2-Emissionen in Bremen kommt aus den  
79 drei Kohlekraftwerken. Ein Rot-Rot-Grüner  
80 Koalitionsvertrag muss eine Stilllegung der  
81 Bremer Kohlekraftwerke noch vor Ende  
82 dieser Legislaturperiode beinhalten.

## 83 7. Gute Bildung für alle sichern



84 Bremen ist nicht zukunftsfähig ohne  
 85 vernünftigen Zugang zu Bildung für alle.

86 Bildung darf kein Privileg sein, daher braucht  
 87 es tatsächliche Lernmittelfreiheit und  
 88 kostenloses Schulessen. Für Menschen mit  
 89 Behinderung muss auch mehr Gerechtigkeit  
 90 geschaffen werden, indem alle  
 91 Bildungschancen eröffnet werden, die  
 92 Inklusion muss in allen Schulen Bremens  
 93 konsequent umgesetzt werden. Doch auch  
 94 nach der Schule bedarf es sozialer  
 95 Gerechtigkeit: Eine Rot-Rot-Grüne Regierung  
 96 darf es nicht geben ohne eine  
 97 Ausbildungsumlage für die Betriebe.

Begründung

Nach einem Basisgruppen-übergreifenden  
 Treffen am letzten Dienstag haben  
 Mitglieder der linksjugend [solid']  
 bestimmte „Must  
 have“ zusammengetragen, die im Falle  
 einer Regierungsbeteiligung unverzichtbar  
 sind und Teil eines eventuellen  
 Koalitionsvertrages sein müssen.

Es geht uns aber nicht nur um inhaltliche  
 Punkte im Koalitionsvertrag. Uns ist es auch  
 wichtig, dass Die LINKE sich als Partei ihrer  
 zukünftig, möglicherweise doppelten  
 Funktion klar wird und diese bewusst  
 ausgestaltet. Wir sind die Partei, die bisher  
 die Brücke zwischen Parlament und  
 Bewegung hergestellt hat, wir sind die  
 Partei, die an der Seite derjenigen steht, die  
 gegen soziale Missstände, gegen Rassismus  
 und Sexismus protestieren. Wir tragen diese  
 Proteste ins Parlament und erfüllen damit  
 eine wichtige Oppositionsfunktion. Auch in  
 Zukunft muss die Linke die Politik von der  
 Straße unterstützen. Sie muss die Partei der  
 sozialen Kämpfe bleiben. Wir dürfen nicht  
 anfangen uns hinter vermeintlicher  
 Alternativlosigkeit unserer Politik zu  
 verstecken, sondern müssen die  
 kapitalistischen, rassistischen und  
 sexistischen Verhältnisse weiter benennen  
 und bekämpfen. Wir sind die einzige Partei,  
 die eine Vision von einer Gesellschaft für  
 Alle hat. Auch im Falle einer  
 Regierungsbeteiligung dürfen wir diese  
 Perspektive nicht aus den Augen verlieren.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

# A4

Antragsteller\*innen: Andrea Spangenberg, Karl-Heinz Kotulla, Bettina Fenzel, Guido Möller, Anke Jungclaus, Daniel Wessels, Sebastian Rave, Manfred Steglich, Norman Brauer, Petra Brand, Justin Bolhöfer, Stefan Krüger, Sabine Boehnke, Silja Rehmke, Moritz Kortüm, Nadije Memedi, Elisa Mellin, Marcel Gaytan Manriquez

## Die Punkte sind einzeln abzustimmen

- 1 1. Das historisch schlechte Wahlergebnis für  
2 die Sozialdemokratie ist das Ergebnis  
3 jahrzehntelanger neoliberaler Spar- und  
4 Kürzungspolitik. Bei einer ARD-Umfrage  
5 stimmten 75% der Befragten am Wahltag der  
6 Aussage zu „die SPD regiert zwar seit  
7 Jahrzehnten in Bremen, bekommt die  
8 Probleme aber nicht in den Griff“. Nur 34%  
9 der Befragten waren mit dem abgewählten  
10 Rot-Grünen Senat zufrieden. Trotzdem ist von  
11 Einsicht bei der SPD wenig zu sehen: Die SPD-  
12 Vorsitzende Sascha Aulepp sagte der Presse  
13 gegenüber, dass Bremen weiterhin einen  
14 „harten Sparkurs“ fahren müsse – die SPD  
15 strebt also offenbar ein „weiter so“ an.  
16 Trotzdem glauben auch nur 32%, dass ein  
17 CDU-Senat die Probleme besser lösen könnte.  
18 Eine Jamaika-Koalition wäre ein Senat der  
19 Reichen, das machen auch die  
20 Wahlergebnisse nach Stadtteil deutlich. Auch  
21 wenn klar ist, dass die katastrophale Politik  
22 des bisherigen Senats für seine Abwahl  
23 verantwortlich ist, sind wir gegen jede  
24 Verschlechterung, und deshalb auch gegen  
25 einen Senat mit Beteiligung von CDU und FDP.
- 26 2. Auch wenn der Erwartungsdruck auf uns  
27 hoch ist und Rot-Rot-Grün die beliebteste  
28 Regierungsoption ist, dürfen wir nicht in die  
29 Anpassungsfalle tappen. Die Wahlergebnisse  
30 in Ostdeutschland sind eine deutliche  
31 Warnung, dass Menschen sich enttäuscht von  
32 einer LINKEN abwenden, wenn diese keine  
33 grundsätzliche Veränderung erreicht oder  
34 selbst als Teil der etablierten Parteien

- 35 angesehen wird. Langfristig besteht durch  
36 einen solchen Anpassungskurs die Gefahr,  
37 dass rechte Kräfte durch die Enttäuschung  
38 gestärkt werden. Deswegen sollten wir es  
39 nicht nur in Bremen tunlichst vermeiden, als  
40 Anhängsel oder gar Kopie der sich auf dem  
41 absteigenden Ast befindenden  
42 Sozialdemokratie gesehen zu werden. Der  
43 Wunsch nach einer LINKEN  
44 Regierungsbeteiligung ist vor allem der  
45 Wunsch nach Veränderung der Verhältnisse.
- 46 3. Klar ist: Bremen braucht einen deutlichen  
47 Politikwechsel. In den Krankenhäusern muss  
48 eine verbindliche Personalbemessung  
49 eingeführt werden, wie sie das Volksbegehren  
50 für mehr Krankenhauspersonal fordert. Um  
51 den Kita-Notstand zu beenden, braucht es  
52 einen verbindlichen Betreuungsschlüssel, und  
53 eine für alle bezahlte  
54 Erzieher\*innenausbildung, wie von ver.di  
55 gefordert. Die Schulen müssen saniert und  
56 hunderte Lehrkräfte, insbesondere  
57 Sonderpädagog\*innen zusätzlich ausgebildet  
58 und eingestellt werden. Das Etat der Freizis,  
59 die zu rekommunalisieren sind, muss um 30%  
60 angehoben werden. Vonovia und muss  
61 enteignet werden und Leerstand  
62 beschlagnahmt werden. Es braucht 5000  
63 kommunale Wohnungen, damit die Mieten  
64 endlich sinken. Sanktionen für  
65 Leistungsempfänger müssen abgeschafft  
66 werden, Strom- und Wassersperren und  
67 Zwangsräumungen verboten werden. Die  
68 repressive Innenpolitik (Abschiebungen,  
69 neues Polizeigesetz) muss beendet werden,  
70 stattdessen soll Bremen zur Solidarity City  
71 werden, in der Geflüchtete auch ohne Papiere  
72 eine sichere Perspektive und Zugang zu  
73 Gesundheitsversorgung und Bildung haben.  
74 Wenn wir unsere Solidarität mit „Fridays for  
75 Future“ und den Kampf gegen den  
76 Klimawandel ernst meinen, müssen wir auf  
77 der Abschaltung der Bremer Kohlekraftwerke  
78 mit Ersatzarbeitsplätzen für die Beschäftigten  
79 schon im nächsten Jahr bestehen sowie ein  
80 massives Investitionsprogramm für  
81 erneuerbare Energien aus öffentlicher Hand  
82 umsetzen. Der ÖPNV muss schnellstmöglich  
83 kostenlos werden, und Maßnahmen für eine  
84 weitestgehend autofreie Stadt umgesetzt

85 werden. Die Stahlwerke müssen  
 86 vergesellschaftet werden, um auf  
 87 klimaneutrale Produktion umrüsten zu  
 88 können. Ebenso müssen die Bremer  
 89 Rüstungsunternehmen vergesellschaftet  
 90 werden, um eine Rüstungskonversion konkret  
 91 umsetzen zu können, und Rüstungsexporte  
 92 über Bremer Häfen gestoppt werden. Auch  
 93 Stadtwerke und Müllabfuhr müssen  
 94 rekommunalisiert werden. Für all das muss  
 95 die Sparpolitik und die sie erzwingende  
 96 Schuldenbremse bekämpft werden.

97 4. Die Durchsetzung dieser Forderungen  
 98 braucht es mehr als einen guten  
 99 Koalitionsvertrag und eine bessere  
 100 Stadtverwaltung. Eine linke Regierung in  
 101 Bremen wird den Schuldendienst verweigern  
 102 müssen und Zugriff auf den gesellschaftlichen  
 103 Reichtum brauchen. Dafür braucht es  
 104 Mobilisierungen sozialer Kämpfe außerhalb  
 105 des bürgerlichen Politikbetriebs, um die  
 106 Macht von Banken, Konzernen und der  
 107 wenigen Reichen anzugreifen und dagegen  
 108 eine Organisierung von Gegenmacht der  
 109 Vielen herzustellen. Wir nehmen das  
 110 Tucholsky-Zitat ernst: "Sie dachten, sie seien  
 111 an der Macht, dabei waren sie nur an der  
 112 Regierung". Das ist unsere Machtperspektive:  
 113 Unsere parlamentarische Arbeit als Teil

114 unserer Parteiarbeit muss kämpferische  
 115 Bewegungen stärken und zusammenführen,  
 116 um ihnen zum Durchbruch zu verhelfen. Wir  
 117 sind nicht bereit, unseren Anspruch nach  
 118 grundlegender Veränderung der Verhältnisse  
 119 und damit unsere Prinzipien für ein paar  
 120 Regierungsposten aufzugeben – wie es schon  
 121 viel zu oft bei LINKER Regierungsbeteiligung  
 122 passiert ist.

123 5. Wir sind aber auch keine „alles-oder-  
 124 nichts“-Partei, sollten SPD und Grüne für  
 125 unsere Politik nicht zu gewinnen sein. Um  
 126 eine Jamaika-Koalition zu verhindern, wären  
 127 wir bereit, eine Rot-Grüne  
 128 Minderheitsregierung in den Senat zu  
 129 wählen, ohne aber einen Blankoscheck in  
 130 Form von Tolerierungsverträgen zu  
 131 unterzeichnen. Fortschrittliche  
 132 Senatsinitiativen, die konkrete  
 133 Verbesserungen für die Menschen in Bremen  
 134 bedeuten würden, unterstützen wir dann  
 135 gern. Für Verschlechterungen muss sich diese  
 136 Minderheitsregierung dann andere  
 137 Mehrheiten suchen. Wir sind nicht bereit,  
 138 soziale Sauereien zu tolerieren oder gar  
 139 mitzuverantworten, wenn Bremen  
 140 gleichzeitig eine der höchsten  
 141 Millionärsdichten in Deutschland hat.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

Kommissionen des Landesparteitages:

Arbeitspräsidium:

Gabriele Fischer, Medine Yildiz, Jan Restat, Michael Horn, Olaf Zimmer, Malte Lier

Mandatsprüfungskommission:

Birgit Menz, Lucie Horn, Thorsten Schildt, Karl Brönnle

Antragskommission:

Edgar Zitelmann, Udo K. Bauer, Christoph Höhl, Christoph Spehr, Andrea Spangenberg

Wahlkommission:

Bettina Fenzel, Lucie Horn, Karin Scharfenort, Andreas Hein-Foge, Hartmut Malyssek, Detlef Strietzel

